Jugendhilfeausschuss 23.05.2013

**Stellungnahme zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion A0054/13
Kurztitel: Übertragung der städtischen Streetworker**

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass gemäß Gemeindeordnung § 63 der Oberbürgermeister für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich ist und die innere Organisation der Gemeindeverwaltung regelt.

Im Rahmen von Organisationsentwicklungsbestrebungen wurde im Jahr 2012 die Organisation des Jugendamtes durch die Rödl & Partner GbR untersucht. Laut Organisationsgutachten ist im Punkt „Optimierung Aufbauorganisation“ auf S. 30 im Anstrich „Abteilung 51.3...“ folgende Aussage getroffen worden: „...Die Streetworker, die sozial-räumlich orientiert in den Sozialzentren und damit verantwortungsnah ihren Dienstsitz haben, könnten auch wegen der Aufgabennähe der Abteilung Jugend- und Jugendsozialarbeit zugeordnet werden.“ Auf S. 31 unter dem Punkt Abteilung 51.5 Jugendförderung wird im dritten Absatz festgestellt: „Es bleibt zu überlegen, ob die Streetworker diesem Bereich zugeordnet werden sollen.“

Somit entsprechen die Untersuchungsergebnisse der Intension des o. g. Antrages. Die Streetworker haben derzeit den Auftrag zur Absicherung der Aufgaben im gesamten Stadtgebiet inklusive des Stadtgebietes Nord einen Vorschlag zu erarbeiten.

Da Streetwork ein methodischer Ansatz ist, der insbesondere auf die Ziele und Zielgruppen der Jugendsozialarbeit ausgerichtet ist, wird eine Zuordnung zur Abteilung Jugendförderung Team Jugendsozialarbeit für sinnvoll erachtet. Die Einbeziehung der Erfahrungen und Beobachtungen der Streetworker in die Prozesse der Jugendhilfeplanung gemäß §§ 11 bis 16 SGB VIII wäre dadurch effektiver möglich.

Dr. Klaus